

Laurahütte-Siemianowiker Zeitung

Erche in Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Lotz. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowik mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.

Anzeigenpreise: Die 8-gespaltene mm-Zl. für Polnisch-Oberschl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-gespaltene mm-Zl. im Reklameteil für Poln.-Oberschl. 80 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerichtl. Beibringung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Ślaskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 156 **Sonntag, den 9. Oktober 1932** **50. Jahrgang**

Was die Woche brachte

Das Ergebnis der Wahlen in den Völkerbundsrat hat Polen den halbständigen Ratsitz auf weitere drei Jahre gesichert. In Warschau ist man über diesen Erfolg sehr beschieden und bucht ihn einerseits auf das Konto des stets wachsenden Ansehens Polens, das auf internationalem Gebiet immer mehr zur Geltung komme, andererseits auf das Konto des Außenministers Jazefski, dessen Geschicklichkeit die Wiederwahl zu danken sei. Mit besonderer Genugtuung wird dabei hervorgehoben, daß Polen die meisten Stimmen erhielt, um zwei mehr als die Tschechoslowakei und Mexiko, die gleichfalls in den Rat gewählt wurden. Dabei wächst in Polen der Appetit. Während ein Teil der Presse vor einigen Wochen von den Schwierigkeiten zu berichten wußte, denen eine Wahl Polens begegnen würde und deshalb von einer Kandidatur abriet, tritt man heute dafür ein, daß Polen ein ständiger Ratsitz gebühre. Die Regierung solle nicht auf ihren Vorbeeren ruhen, sondern um weitere Erfolge ringen. Der Völkerbund, der, als vor der Wahl die Trauben hoch zu hängen schienen, nichts taugte und kein Ansehen mehr besaß, hat nun plötzlich wieder an Bedeutung gewonnen. Man hat nun wieder einmal entdeckt, daß gerade für Polen der Völkerbund nicht unterschätzt werden dürfe, da man doch mit ihm verknüpft sei durch die Minderheitenfragen, die Genfer Konvention und nicht zuletzt durch all die Fragen, die mit der Freien Stadt Danzig zusammenhängen. Bezüglich der Wiederwahl Polens scheint diesmal auch in Frankreich Friede zu herrschen. Freilich spielen dort andere Gründe die erste Rolle. Mit Polen ist auch die Tschechoslowakei in den Völkerbund eingezogen, also ein slawischer Staat mehr, was in Frankreich das Gefühl des Sieges auslöst. Obendrein glaubt man in Paris, daß durch diese Wahl auch einen Schlag gegen das Deutsche Reich und seine Forderung nach Gleichberechtigung geführt zu haben.

Ob diese Hoffnung sich erfüllen wird, bleibt abzuwarten. Herriot hat zu viel gesprochen und sich zu sehr von seiner unangenehmen Seite gezeigt, als man ihn noch als den Ansehen könnte, der aufrichtig den Frieden und die Gerechtigkeit will. Herriot galt als Friedensfreund bei seinen Anhängern, doch hat er es glücklich fertig gebracht, die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland so zu verderben, daß sie heute gespannter sind, als sie es je waren. Das Schicksal der Abrüstungskonferenz ist zwar noch nicht offiziell entschieden, doch glaubt heute niemand mehr, daß sie noch irgend etwas erreichen wird. Der englische Konferenzplan, von dem man sich eine Vermittlung versprach, hat Schiffbruch erlitten. Allerdings ist damit die englische Initiative noch nicht erschöpft. Absicht und Wille zu weiteren Verhandlungen sind jedenfalls in London noch da. Im Augenblick spricht man sogar von zwei Plänen, die die Lage wieder einrennen sollen: von einem französischen, der bereits fertig sei und nur noch vom Pariser Kabinett durchberaten werde, und von einem englischen. Auf Frankreichs Plan ist von vornherein nicht viel zu hoffen. In dieser Hinsicht ist die Welt schon zu oft enttäuscht worden. Anders könnte es mit dem englischen Plan sein, der von Macdonald kommen soll. Man weiß zwar noch nichts darüber, da das Geheimnis sehr gehütet wird, aber es scheint, als habe der englische Ministerpräsident von allem Anfang an mit den Schwierigkeiten gerechnet und sich deshalb in der Reserve gehalten. Es ist jedenfalls bezeichnend, daß Macdonald bisher noch nicht selbst hervorgetreten ist. Er ist sicher derjenige, der den Plan der Londoner Konferenz ausgearbeitet hat, aber er hat sich bis jetzt noch immer im Hintergrund gehalten und keinen Trumpf ausgespielt. Man ist deshalb auch bezüglich seines neuen Planes lediglich auf Vermutungen angewiesen. So wie die Dinge sind, können sie nicht bleiben, das liegt auf der Hand. Die ganze Welt rechnet damit, daß bei einem Fernbleiben des Deutschen Reiches von der Abrüstungskonferenz ein Aufrücken Deutschlands zu erwarten sei. Mit Ausnahme Frankreichs und Polens hat wohl auch niemand etwas dagegen einzuwenden. Jedoch wünscht man, sich die deutschen Absichten zunutze zu machen und sie in irgend einer Form in den Dienst der Abrüstung zu stellen. Man fühlt sich gewissermaßen verpflichtet alles zu tun, was möglich ist, um nicht selbst derjenige zu sein, der an dem Scheitern der Abrüstung die Schuld trägt. Man muß deshalb damit rechnen, daß danach getrachtet wird, die Schuld von sich zu wälzen. Dieses Streben aber führt notwendig zu einer Isolierung der Mittelmächte. Diese Aussicht ist für Frankreich wenig verlockend, weshalb die französische Politik anfängt nervös zu werden. Darum der überstürzte französische Plan. Man weiß in Paris sehr wohl, daß die englische Geduld langsam ans Ende kommt und auch, daß Amerika immer ungeduldriger wird. In England dürfte man langsam zu der Ansicht kommen, daß es nun wieder einmal Zeit wird, ein entscheidendes Wort zu sprechen. Der Plan Macdonalds dürfte für diesen Zeitpunkt erfinden worden sein. Vielleicht wollte der englische Ministerpräsident auf der Londoner Konferenz damit hervortreten. Da die Konferenz aber nicht zustande kam, wird die Welt bald auf diesem oder jenem Wege von den Absichten Londons in Kenntnis gesetzt werden. Offensichtlich handelt es sich um eine Erör-

Doch noch Fünfmächtekonferenz? Der englisch-französische Gegensatz — Deutschlands Bereitschaft Amerika lehnt ab

Genf. Aus leitenden englischen Kreisen wird bestätigt, daß die englische Regierung uneingeschränkt an ihrem Vorschlag des baldigen Zusammen-tretens der Fünfmächtekonferenz über die Regelung der Gleichberechtigungsfrage festhalte. Man betont ausdrücklich, daß durchaus noch Aussichten für ein Zustandekommen vorhanden seien. Man gibt jedoch zu, daß das Vorgehen des englischen Außenministers übereilt war und die Vorbereitung der Konferenz eine längere diplomatische Vorarbeit notwendig mache. Die Widerstände auf französischer Seite werden nicht als unüberwindbar angesehen, obwohl Herriot an der Behandlung der Gleichberechtigungsfrage nur im Rahmen der Abrüstungskonferenz festhält. Die Bereitschaft Amerikas und Italiens, an der Konferenz teilzunehmen, wird auf englischer Seite als eine wesentliche Stärkung der Initiative der englischen Regierung angesehen.

Ueber das Programm der von England vorgeschlagenen Konferenz erklärt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, daß sie zunächst die Frage der deutschen Gleichberechtigung regeln sollte. Danach hätte sie dazu übergehen können, eine Formel über das Verhalten der zukünftigen militärischen Stärke Deutschlands zum allgemeinen Abrüstungsabkommen zu entwerfen. Diese Formel müßte der Abrüstungskonferenz vorgelegt werden. Im übrigen sei man sich in London darüber klar, daß die französische Antwort mit ihren zahlreichen Vorbehalten und Bedingungen trotz ihres höflichen Tones einer Ablehnung der Konferenz gleichkomme. Frankreich werde außerdem wohl niemals der deutschen Forderung zustimmen, daß die englischen und französischen Denkschriften beiseite gelegt werden, weil es im Gegensatz zu London die deutsche Gleichberechtigungsforderung rückhaltlos bekämpfe.

Dieser französische Gegensatz genüge schon, um die Konferenz zum Schiffbruch zu verurteilen, wenn er sie überhaupt nicht gänzlich verhindere. Deutschland werde sich auch dem widersetzen, seine Gleichberechtigungsansprüche mit den kleineren Staaten zu erörtern, vielleicht aber bereit sein, mit ihnen praktische Fragen der Abrüstung zu besprechen. Dann würde aber der Umfang der Konferenz so groß werden, daß sie schon als ein Erfolg für die Abrüstungskonferenz angesprochen werden könne.

Die deutsche Antwort an England

Berlin. Die deutsche Antwort an die englische Regierung in der Frage der Einberufung der Londoner Gleich-

berechtigungskonferenz ist am Freitag abend nach London abgegangen und wird nach erfolgter Uebersetzung am Sonnabend veröffentlicht werden. Die Reichsregierung erklärt sich grundsätzlich zur Teilnahme an der Konferenz bereit, widerspricht auch nicht der Hinzuziehung von Vertretern kleiner Staaten, wenn gleichzeitig auch der Rüstungsstaaten dieser Staaten in die Erörterung einbezogen wird und verweist nochmals auf die Voraussetzungen, die von deutscher Seite wiederholt in der Konferenzfrage gemacht wurden.

Amerika und die Londoner Konferenz

Washington. Die Frage, welche Haltung die Regierung der Vereinigten Staaten zu der geplanten Londoner Fünfmächtekonferenz einnehmen werde, wird durch eine Erklärung hoher Beamter des Staatsdepartements klargestellt, die am Freitag an die Presse gegeben wurde. Die Vereinigten Staaten werden hienach sich an der Londoner Abrüstungskonferenz nicht beteiligen, die man hier als „hands up“ — Politik bezeichnet. (Hände weg.) Dies geschehe,

um nicht in die Intrigen Europas verwickelt zu werden, die sich bereits nach dem Zusammentritt der Konferenz bemerkbar gemacht hätten. Das Staatsdepartement erklärte, es habe das allergrößte Interesse an einer deutsch-französischen Einigung,

damit sich Hoovers Abrüstungsplan verwirklichen lasse. Es sei jedoch zu befürchten, daß die Londoner Konferenz eine schwere Belastung bringe für die Politik Hoovers und Stimsons in Bezug auf die Weltabrüstung und die Heiligkeit der Verträge darzustellen werde. Verschiedene Persönlichkeiten des Staatsdepartements gehen sogar so weit,

den französischen Standpunkt zu verteidigen und zu erklären, daß die deutsche Haltung eine Verletzung des Pariser Vertrages bedeute.

Andererseits lagen sie jedoch zu, daß Hoovers Abrüstungsplan zum Scheitern verurteilt sei, falls Deutschland auf seinem Standpunkt beharre. Anheime strebt die USA-Regierung eine Beruhigung Frankreichs an, da die Vereinigten Staaten die französische Unterstützung in der Frage der Aufrechterhaltung der Verträge benötigt.

wenn der Völkerbund die Mandatsfrage aufrollt. Die Vereinigten Staaten beschränken offenbar, daß sie in ihrer fernöstlichen Politik von den Engländern nicht mehr unterstützt werden und glauben daher, sich auf die französische Seite schlagen zu müssen. Allgemein ist in Amerika die Ansicht verbreitet, daß die Londoner Konferenz, falls sie doch noch zustande kommt, wegen der deutsch-französischen Gegensätze keine greifbaren Ergebnisse zeitigen wird.

Roosevelt gegen Hoover

Aus dem amerikanischen Wahlkampf

Paris. Der New Yorker Sonderberichterstatter des „Matin“ hatte eine Unterredung mit dem demokratischen Präsidentschaftskandidaten Roosevelt, in deren Verlauf dieser auf Hoovers großen Fehler hinwies, die Einfuhrzölle erhöht zu haben. Diese Maßnahme habe die europäischen Staaten zu Gegenmaßnahmen herausgefordert und dadurch wesentlich zur Verschärfung der augenblicklichen Wirtschaftskrise beigetragen. Wenn es ihm gelingen sollte, die Führung der Regierung zu übernehmen, so werde er in erster Linie den Warenaustausch zwischen Amerika und den europäischen Staaten ins Gleichgewicht bringen. Was die Abschaffung des Alkoholverbotes anlangt, so müsse dazu zunächst der Artikel 18 des Prohibitionsgesetzes außer Kraft gesetzt werden. Er hoffe, daß die Rückkehr zum freien Alkoholverkauf in Amerika nicht lange auf-

sch werten lasse. In außenpolitischer Hinsicht verwahrte sich Roosevelt gegen die Auffassung, daß er in bezug auf Europa eine noch striktere Durchführung der Monroe Doktrin beabsichtige, was den amerikanischen Nationalismus noch verschärfen würde. Er werde natürlich in erster Linie den Interessen seines Landes dienen, aber er sei auch mit den europäischen Fragen zu vertraut, um zu wissen, was es koste, wenn man sie ignoriere oder nur so tue, als ob man sie ignoriere.

Bürgerkrieg in Tibet?

London. In Indien laufen Gerüchte um über den Ausbruch eines Bürgerkrieges in Tibet. Es soll bereits zu heftigen Kämpfen gekommen sein. Der Dalai Lama hat angeblich die Flucht ergriffen.

terung der Friedensverträge. England hat daran sein eigenes Interesse. Es dürfte vor allem Klarheit darüber schaffen wollen, wie weit es mitzieht am gleichen Strick, um zu verhindern, daß Frankreich immer wieder auf Englands Konto sündigt. Es gibt schon seit langem Stimmen in England, die der Meinung sind, daß Frankreichs Gut haben in London erschöpft sei.

Bis zur Offenbarung der neuen Pläne herrscht eine Pause, die Gelegenheit gibt, in den europäischen Hauptstädten die Stimmung zu prüfen. Es ist möglich, daß man in England versuchen wird, auf Umwegen die Sache in Angriff zu nehmen, um dann erst zur Kernfrage, dem englisch-französischen Verhältnis zu kommen. Frankreich scheint einer Auseinandersetzung mit dem Nachbar ausweichen zu wollen. Daher wohl auch die Energie mit der der rumä-

nisch-russische Pakt betrieben wird. Schließlich aber wird man doch an der Hauptfrage nicht vorbeikönnen.

Inzwischen kämpft Amerika um seinen zukünftigen Präsidenten. Das größere Gewicht scheint Roosevelt, der Gegenkandidat Hoovers, zu entwickeln. Der Präsident selbst hat sich bisher ziemlich zurückgehalten, was dem Amerikaner, der seinen Präsidenten sehen will, im allgemeinen nicht imponiert. Die vorgelegte Rede, mit der Hoover die Wahlkampagne seinerseits eröffnet haben dürfte, war nicht sehr geschickt. Das Ausmalen der Gefahren für den Dollar brachte für die Börse fatale Wirkungen. Damit wurde der amerikanische Markt an einer empfindlichen Stelle getroffen. So kann es denn auch nicht wundernehmen, daß die Nachrichten sich verdichten, wonach die Aussichten des Gegners, also Roosevelt, im Steigen begriffen sind.

